

20. Juni 1918.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1918. Nr. 162.

Bewendungen für die städtischen Angestellten. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss nachstehenden Beschluss gefasst: Den nicht zum Militärdienst eingerückten oder zu persönlicher Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven und im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, einschliesslich der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellte wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 (1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919) eine Kriegszulage im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917 für das erste Halbjahr 1918 festgesetzt hat. Eine Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt dahin, dass ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, den verheirateten ohne Kinder gleichgehalten werden können, wenn sie erwiesenermassen den Unterhalt dieser Verwandten zum Überwiegenden Teil bestreiten.

2. Allen Angestellten einschliesslich der Lehrer, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellten wird im Juli 1918 ein einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. festgesetzt hat. Dieser Anschaffungsbeitrag gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Mai d.J. bereits im Gemeindedienste gestanden sind, das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages noch fortbesteht und die Angestellten, sofern sie nicht eingerückt sind, die Kriegszulage beziehen. Ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, können unter den angegebenen Voraussetzung den verheirateten ohne Kindern gleichgestellt werden. Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und die Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Juli 1918 massgebend.

3. Den Lehrpersonen sowie deren Witwen und Waisen werden Kriegszulage und Anschaffungsbeitrag als Vorschuss auf etwaige staatliche Zuwendungen für die Jahre 1918 und 19 gewährt.

Städtische Strassenbahnen. Str. Knoll hat in der Gemeinderatsitzung vom 24. April d.J. beantragt, zu untersuchen, ob den beim Floridsdorfer Spitz bestehenden Schwierigkeiten im Verkehr der Linien 31 und 32 nicht durch die Weiterführung der Linie 32 zur Endstation Esslinggasse abgeholfen werden könnte. Str. Schneider brachte in der heutigen Sitzung des Stadtrates einen Bericht der städtischen Strassenbahnen zur Verlesung, nach welchem eine Weiterleitung der Linie Floridsdorf Spitz - Fragerstrasse - Jedlersee bis zur Esslinggasse infolge der durch die Absperrung der Bahnschranken zur Nordwestbahn verursachten Störungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Dazu komme noch, dass schon in der nächsten Zeit durch den Fortschritt des Baues der Franz Josefs-Brücke empfindliche Verkehrseinschränkungen werden eintreten müssen und dass die Weiterführung der Linie eine Vermehrung der Betriebsmittel nötig machen würde, die derzeit ausgeschlossen sei. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen, von einer Weiterführung der Linie vorläufig Abstand zu nehmen.

Die gekürzte Brotquote und die Brutgutscheine. Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinsabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle 1. Bezirk Neues Rathaus gültig für die Zeit vom 23. Juni bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr $\frac{1}{2}$ Laib Brot pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge 1. Bezirk Neues Rathaus diese und die folgenden Abschnitte ins solange die Brotkürzung in Kraft bleibt nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Der 60. Geburtstag Kirchl's. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Komponisten und Ehrenchormeister des Schubertbundes Adolf Kirchl nachstehendes Schreiben gerichtet: Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrem 60. Geburtsfeste meine aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln zu können. Sie werden an diesem Tage einen erhebenden Rückblick halten dürfen auf ein Leben voller Arbeit und Erfolge, auf ein Leben, das neben der Berufsarbeit auch in hervorragendem Masse der Kunst geweiht war. Die Verdienste, die sich Euer Hochwohlgeboren um das deutsche Lied erworben haben und Ihre künstlerische Tätigkeit an der Spitze des Schubertbundes sichern Ihnen die bleibende Hochachtung und Verehrung, sowie den Dank der Wiener Bevölkerung. Dieses schöne Bewusstsein, das Sie an Ihrem 60. Geburtstage beselen darf, wird Ihnen diesen Geburtstag gewiss verschönern. Wir aber haben den innigsten Wunsch, dass Sie nach mehrjähriger Abwesenheit wieder bald in Ihre Heimat zurückkehren, auf den Boden, auf welchen Ihre Kunst am edelsten gedeiht.

Wiener Gemeinderat
Sitzung am 20. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest folgende Zuschrift des Leiters der Auskunftstelle für Kriegsgefangene Freiherrn von Slatin als Antwort auf eine von GR. Dr. Hein gestellte Interpellation aus einer der letzten Sitzungen: Seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk und dem Friedensschluss sind über 500.000 Mann in die Heimat zurückgekehrt. Ganz richtig ist es, dass der grössere Teil derselben durch eigene Initiative das Vaterland erreichten, aber sie wurden, wo immer es möglich war, von den Angehörigen unserer Schutzmacht, respektive deren Delegierten unterstützt und ihnen die Reise erleichtert, sowie allgemeine Hindernisse womöglich aus dem Wege geräumt. Die Abreise der Kriegsgefangenen hat sich aus politischen und technischen Gründen verzögert, doch waren schon vorher Intendent von Raabl und mehrere andere Herren in Petrograd, um im Interesse der Kriegsgefangenen, wo weit es eben möglich war, zu wirken. Nun ist die Kommission in Petrograd vereint und hat zu ihrer Hilfe eine grosse Anzahl von Offizieren, die selbst in Gefangenschaft waren und die russischen Verhältnisse kennen, dort bei sich zurückbehalten. Die Kommission ist mit ausserordentlich grossen Geldmitteln versehen und wird alles mögliche getan, um in Verein mit neutralen Delegierten, die schon seit längerer Zeit im Interesse unserer Kriegsgefangenen tätig sind, den Abtransport möglichst zu regeln. Den allgemeinen Prinzipien nach, kommen zuerst die Invaliden und Schwerkranken, dann die an Jahren meist vorgeschrittenen und am längsten in Gefangenschaft weilenden zum Abtransport. Dies auch der Grund, warum alle Bemühungen des Kriegsministeriums, respektive der Kommissionen und der Schutzmacht nicht veröffentlicht werden können, weil da-

durch die russische Regierung Kenntnis erhalten würde und möglicherweise gegen die Art des Abtransportes unserer Gefangenen Protest einlegen würde. Was die einzelnen Lager anbelangt, so wird durch Delegierte und Abgesandte Geld hingeschickt und dort wo keine Gage bezahlt wird, oder die Leute arbeits- und mittellos sind, wird Hilfe geleistet. Jedenfalls können Herr Bürgermeister versichert sein, dass vom Kriegsministerium, sowie von den betreffenden Behörden aus, das Menschenmögliche getan wird, um die Gefangenen ihrer Heimat und ihren Angehörigen wiederzugeben. Dem Ansuchen, dass Mitglieder der Hilfsverbände sich der Kommission anschliessen, um Berichte über die in Russland unter den Gefangenen herrschenden Verhältnisse zu senden, kann wohl aus politischen Rücksichten nicht stattgegeben werden, und die russische Regierung würde wahrscheinlich nicht erlauben, dass derartige Herren sich in Betersburg oder überhaupt in Russland aufhalten. Die Telegraphen-Verbindung mit Russland funktioniert nicht tadellos und ist auch nicht zu verlangen, dass regelmässige Nachrichten telegraphisch über die Verhältnisse in den einzelnen Lagern hienher geschickt werden. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen mögen sich aber beruhigen, da eben, wie früher erwähnt, alles getan wird, um den Abtransport zu beschleunigen und dort wo Hilfe nützlich ist, eingeschritten wird. Die nun häufig an kommenden Züge mit Kriegsgefangenen laufen zu den Quarantainestationen, wo die Gefangenen forschrittmässig empfangen und ihren Kadern überstellt werden, von wo aus sie ihren regelmässigen Urlaub antreten können.

Es wird sodann die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1918/19 (Berichterstatter VB. Hoss) fortgesetzt.

GR. Rummelhardt führt als erster Redner aus:

Keiner von uns hat sich wohl gedacht, dass wir noch im Jahre 1918 in die traurige Lage versetzt werden, ein Kriegsbudget zu beraten und es ist daher selbstverständlich, dass eine Budgetdebatte im 4. Kriegsjahre bei den Bednern aller Parteien Stimmungen auslösen muss, deren Ausdruck weit über den Rahmen der Beratungen des Stadthaushaltes hinausgeht.

Die fürchterliche Not der Zeit, die durch schwere Fehler der österreichischen Regierung noch verschärft wird, zwingt den Wiener Gemeinderat, bei der Beratung über die Verwaltung der Stadt Wien, die Verwaltung des österreichischen Staates zu besprechen und an derselben berechnete Kritik im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung zu üben.

Es ist nicht unsere Schuld, dass wir dazu gezwungen werden; gerne würden wir diese Aufgabe den hiezu zunächst berufenen gesetzgebenden Körperschaften überlassen; allein das österreichische Parlament tagt nicht und die Landtage bestehen nicht mehr und so ist der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auch derzeit wieder, wie dies im Laufe des Krieges schon oft der Fall war, als Vertretungskörper der grössten Stadt unseres Vaterlandes, das einzige Forum, in welchem die Not des Volkes in entsprechender Weise der Regierung zu Gehör gebracht werden kann.

In der Geschichte dieses Krieges wird diese Tätigkeit des Wiener Gemeinderates nicht verschwiegen werden können und objektive Beurteiler der jetzigen Zeit werden dem Wiener Gemeinderate die Anerkennung dafür nicht versagen können, dass er der getreue Eckhart in schwerer Kriegszeit war, der den wechselnden österreichischen Regierungen zur rechten Zeit War-

nungen zukommen liess und wertvolle im Interesse der Bevölkerung gelegene Ratschläge erteilte; leider wurden die Wahrnehmungen von den Regierungen nicht immer beachtet und die Ratschläge nicht immer befolgt.

Es ist daher selbstverständlich, dass sich auch die jetzige Regierung, die mit demselben Fehler behaftet ist wie ihre Vorgängerinnen, in diesem Saale eine Kritik gefallen lassen muss, die für sie keineswegs schmeichelhaft ist und es wäre zu wünschen, dass sie daraus jene Konsequenzen zöge, die im Interesse des Volkes unbedingt notwendig sind, entweder zu gehen und einer besseren und verständigeren Platz zu machen oder sich gründlich ihrer Pflichten bewusst zu werden. Und da muss ich vor allem, sowohl ihr als jeder künftigen Regierung zurufen: Weg mit der bisher üblichen Unterschätzung der Stadt Wien und ihrer gewählten Vertreter. Es hat sich die Unsitte in einzelnen Regierungskreisen eingeschlichen, Wien nicht höher einzuschätzen als irgend eine Provinzstadt. Man hört, dass die Regierung der Meinung ist, wenn sie den Bürgermeister von Wien zu Rate ziehen soll, müsste sie die Bürgermeister aller österreichischer Städte befragen.

Meine Herren, ich bin der letzte, der nicht im Gemeindevorsteher des kleinsten Dorfes in Oesterreich einen freigeählten Vertreter sieht, der gehört werden muss, wenn er die Interessen seiner Gemeinde vertritt; aber ich bin der Ansicht, dass der Wiener Bürgermeister in erster Linie gehört werden muss, denn er vertritt - wenn er sich eins mit dem gesamten Gemeinderate weiß - 2½ Millionen Menschen, er ist der Repräsentant der Reichshaupt- und Residenzstadt, des Herzens unseres Vaterlandes, dessen Pulschläge bis an die Grenzen unseres Reiches gespürt werden.

Die Haltung der Wiener Bevölkerung in dieser ersten Zeit ist richtunggebend und diese Haltung ist bis jetzt eine beispiellos patriotische, eine von Kaiser und Regierung selbst bewundernswürdig anerkannte, aber meine Herren, wehe dem Vaterlande, wenn diese Haltung eine andere würde.

Darum rufe ich jeder österreichischen Regierung zu: Höre den Bürgermeister von Wien, höre die Vertreter dieser Stadt, sie allein kennen die Psyche der Bevölkerung, die der hohen Bürokratie zum grössten Teile fremd ist, sie wissen von der Not des Volkes und wie dieselbe gegebenenfalls gelindert werden könnte.

Regierung unterschätze Wien nicht, damit Du es nicht fürchten lernst!

Im Uebrigen haben die Erfahrungen der letzten Stunden gezeigt, wie gut und wertvoll es ist, den Ratschlägen des Wiener Bürgermeisters und der Wiener Stadtvertretung zu folgen.

Schon am Samstag abends, als ein Vertreter des Ernährungsamtes dem Bürgermeister, ganz unvermittelt, die niederschmetternde Nachricht gebracht hatte, dass die Brotquote für Wien auf die Hälfte gekürzt werde und der Bürgermeister die Kenntnisnahme dieser Mitteilung unter energischem Proteste verweigerte, gab er dem Vertreter des Ernährungsamtes den Rat, an Ungarn die Aufforderung zu richten, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizustehen.

Dies wurde damals noch von dem staatlichen Organ als zwecklos bezeichnet.

Als dann der Bürgermeister selbst telegrafisch die Hilfe Budapests vom dortigen Bürgermeister erbat, scheint auch die österreichische Regierung denn doch eingesehen zu haben, dass sie den Rat des Bürgermeisters befolgen und mit der ungarischen Regierung nochmals diesbezügliche Verhandlungen pflegen

11

Wiener Kinder in die Schweiz- Aus St. Moritz wird der Rathaukorrespondenz telegraphiert: Die durch die abermalige Aktion der Frau von Finem in die Schweiz gebrachten 220 Wiener Kindern sind nach Vereinigung mit Grezer, Linzer und Egerländer Kindern unter Führung der Herren Sieglbauer (Wien) und Greewitz (Graz) mit 15 Begleitdamen in ihren Stationen St. Moritz und Einsiedeln gesund angekommen und von den lieben Schweizern herzlichst empfangen worden.

müsse.

Dieselben waren nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Pressevertreter denn doch nicht ganz zwecklos, denn Ungarn hat sich bereit erklärt, uns Nahrungsmittel, vor allem eine grössere Menge von Frühkartoffeln zu überlassen.

Hiefür sind wir den Ungarn sehr dankbar und ich bin glücklich, bei diesem Anlasse feststellen zu können, dass es sich nach den Aeusserungen des ungarischen Ernährungsminister nicht nur um eine momentane Aushilfe durch Frühkartoffeln handelt, sondern dass Ungarn auch gewillt ist, von der zu gewärtigenden Ernte überhaupt Lebensmittel an Oesterreich abzugeben.

Namentlich aber möchte ich den Bürgermeister von Budapest Herrn Dr. Body aufs herzlichste für die ritterliche Art der Zurückweisung danken, die den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Weigart bezüglich der Bitte des Wiener Bürgermeisters um Lebensmittel zuteil ward. (Lebhafter Beifall).

Insbesondere aber erfüllen uns die Worte des Budapest Bürgermeisters, die er bei diesem Anlasse gesprochen hat, mit besonderer Freude.

Er erkannte gerechter Weise die Hilfe Wiens an Budapest mit Industrieartikeln an und hat als öffentlicher Funktionär, als Haupt der königlichen Residenzstadt Budapest zum erstenmale öffentlich die moralische Verpflichtung Ungarns anerkannt, den Oesterreichern im Durchhalten beizustehen. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Die Worte des Budapest Bürgermeisters, die er in der gestrigen Sitzung des Budapest Gemeinderates gesprochen hat und die da lauten: Die Bevölkerung der Stadt Wien, die mit uns zusammen kämpft und blutet, ist nicht unser Feind, den wir verhungern lassen können, wir dürfen sie nicht ohne Hilfe lassen, sondern müssen, wenn wir können, helfen, werden ihm die Wiener nie vergessen, sondern sie werden dieselben in Dankbarkeit immer im Gedächtnisse behalten (Abermaliger anhaltender Beifall).

Sowohl die Haltung Ungarns als auch der Beweis der treuen Bundesgenossenschaft Deutschlands, der dadurch erbracht wird, dass es trotz der eigenen Knappheit und der Versorgung Oesterreich eine bestimmte Menge Getreide vorschussweise zur Verfügung stellt und dass es getreu dem Sprichwort: „Doppelt gibt, wer schnell gibt“ sofort diese Hilfe leistet, haben die gestern noch äusserst kritische Stimmung der Bevölkerung Wiens etwas gebessert. (Lebhafte Zustimmung).

Die Bevölkerung würde es mit Genugtuung anerkennen, dass der Bürgermeister im Namen des Gemeinderates es dem energischen Auftreten des Wiener Gemeinderates

und seiner schnellen Intervention durch die an Exzellenz Ludendorff und Bürgermeister Dr. Body gerichteten Telegramme gelungen ist, auch die Oesterreichische Regierung aus ihrer Hilflosigkeit aufzurütteln, und so der ärgsten Not und ihrer Folgen vorzubeugen. Die Bevölkerung wird es nie vergessen, dass Wien einen Bürgermeister hat, der es versteht, in so ernster Zeit das richtige Wort zu sprechen und die richtige Tat zu setzen. (Neuerlicher Beifall).

Was die Reform des Gemeindevahlrechtes anbelangt, muss ein Unterschied zwischen der gesetzgebenden Reichsvertretung und einem Verwaltungskörper gemacht werden. Der in seinem Aufenthaltsort fluktuierende Oesterreicher behält immer sein Interesse an Staate, nicht aber an der Gemeinde in der er nur vorübergehend Aufenthalt nimmt. Trotzdem ist unsere Partei keineswegs ein Gegner der Demokratisierung, denn es wird sich gewiss ein Ausweg finden. Ob aber eine solche Reform gerade die Hoffnung erfüllen wird, die gestern von einem Redner der Sozialdemokraten ausgesprochen wurde, kann weder er mit Gewissheit voraussagen, noch ist einer von uns in der Lage, irgendwie zu prophezeien. Der Redner der Sozialdemokraten möge aber nicht glauben, dass die Arbeiterschaft noch in kompakten Massen hinter seiner Partei steht, wie es vielleicht vor dem Kriege der Fall war.

Was das Frauenwahlrecht anbelangt, bin ich, vielleicht im Gegensatz zu manchem Parteigenossen, kein unbedingter Gegner derselben, denn ich glaube, dass die Witwe eines Gewerbetreibenden, eine Lehrerin, eine selbstständige Geschäftsfrau mehr Interesse an der Gemeinde hat, als als die Angehörigen der fluktuierenden Bevölkerung. Trotzdem muss ich sagen, dass die Frage des Frauenwahlrechtes noch gar nicht reif ist. Gelegentlich einer Frauenversammlung, die ich im Vorjahr einberufen habe, erklärten gerade jene Frauen, von denen ich das Eintreten für das Wahlrecht am ersten erwartete, dass ihnen Brot, Mehl und sonstige Lebensmittel für sich und ihre Familie wichtiger seien; Eine Voraussetzung der Einführung des Frauenwahlrechtes müsse man aber unbedingt in der Einholung des Plebiszites der Frauen sehen. Es ist nur eigentümlich, dass auch die Liberalen für das Frauenwahlrecht eintreten, denn gerade sie werden den wenigsten Vorteil davon haben, da sich dann die Wahlkämpfe ausschliesslich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten abspielen werden. Sie wissen das selbst auch sehr genau, den GR. Dr. Granitsch hat gestern im Gespräche mit mir gemeint: Na, viel weniger als wir jetzt sind, können wir ohnedies nicht mehr werden. (Heiterkeit).

Nach Besprechung einzelner Hauptpunkte der bisherigen Debatte fährt Redner fort: Ein Ruf, der in jeder Budgetdebatte erhoben wurde, ist verschwunden der Vorwurf der Kontrolllosigkeit des Stadtrates., denn jetzt hat die Opposition wenigstens zwei Kontrolloren drinnen. Jetzt geht ihr Ehrgeiz weiter und sie wollen nicht nur kontrollieren sondern auf referieren. (Heiterkeit) Der Bürgermeister wird gewiss nichts dagegen haben, wenn sie einmal auch am

Referententische erscheinen. Dass die Sozialdemokraten auf einmal den Stadtrat nicht mehr kontrollieren wollen, ist sehr schön, denn es zeigt, dass sie mit der Kontrolle durch die Liberalen zufrieden sind.

Ich glaube, dass ich auf keinen Widerstand, seitens der Opposition stosse, wenn ich sage, dass wir anlässlich der Budgetberatung im 4. Kriegsjahre unserem Bürgermeister den grössten Dank dafür auszusprechen verpflichtet sind, für die rastlose und nimmermüde Arbeit, die er sich im Dienste des Volkes und der Stadt auferlegt hat. Wir können stolz und froh sein, dass wir ihn haben und ich habe nur den einen Wunsch, Gottverhalte seine Spannkraft und Gesundheit weiter. Bei diesem Anlasse dürfen wir auch seiner getreuen Mitarbeiter der Vizebürgermeister nicht vergessen. Seitdem der Kriegszug gezogen, gibt es keinen Tag, an dem sie nicht von früh bis spät abends hier im Rathause mit dem Bürgermeister tätig sind. Wenn wir heute ein ernstes und aufrichtiges Wort aussprechen, müssen wir sagen, dass die Bezüge der Vizebürgermeister die sie für die Ausübung ihres Amtes bekommen derart sind, dass wohl der grössere Teil ihrer Arbeit im freiwilliger genannt werden muss, dargebracht auf dem Altar der Stadt Wien. Wir sind daher auch ihnen zum grössten Danke verpflichtet.

Redner schliesst mit einem begeisterten Apell zum Dank für die Helden an der Front, welche Wien vor der Bedrohung durch die Feinde bewahrt und in harter Kriegsnot die Fahne Deutschlands und Oesterreichs siegreich gegen alle Feinde vorgetragen haben.

GR. Melcher hält es für notwendig weniger politische und mehr wirtschaftliche Ausführungen im Gemeinderate zu halten. Er bespricht einzelne Posten des Budgets. Die Kommissionsgebühren für Beamte seien entsprechend den jetzigen Verhältnissen zu erhöhen. Die veranschlagten Einnahmen von 1,200.000.-- Kronen für die Bodenzwertzuwachssteuer seien zu niedrig ausgesetzt. In die städtischen Steinbrüche wäre mehr Kapital zu investieren, da der Bedarf an Steinen nach dem Kriege ein ungleich grösserer sein wird. Die für Hochbauten eingesetzten Beträge wären fast sämtlich zu streichen, da im Verwaltungsjahre 18/19 alle diese Bauten kaum zur Durchführung kommen werden; Zur Erhöhung der Sicherheit wäre die Zahl der Polizeiorgane zu vermehren; es könnten ja auch Männer über 50 Jahre herangezogen werden. Er wünscht weiters die endliche Fertigstellung der Aspernbrücke.

Für die durch die Kriegsfolgen verarmten wäre ein eigener Armenrat einzusetzen. Redner wendet sich gegen die Erhöhung der Tarife und der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen und der städtischen Gaswerke. Das Defizit sollte nicht bloss von den jetzt Lebenden getragen werden müssen, sondern es wäre durch einen Kriegskredit zu decken. Die Bedenken, die Zinsheilver und Umlagen zu erhöhen, seien in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, weil ja dann die Mieth- nicht bloss um diesen, sondern um einen ungefähr 50 % erhöhten Betrag gesteigert werden müssen. Redner bespricht sodann das Mieterschutzgesetz und hält eine Abänderung desselben für notwendig, mindestens aber müssten die nachteiligen Folgen dem Hausbesitzer durch den Staat vergütet

werden. Gerade so ungeheuerlich seien die Preise für verschiedene Baumaterialien gestiegen. Ziegel, welche vor kurzer Zeit noch 142 Kronen kosteten, kosten jetzt bereits ab Ziegelofen 150 Kronen und es stellen sich einschliesslich der Zufuhr z.B. in die innere Stadt 1000 Stück Ziegel auf 320 Kronen gegen 40 bis 50 Kronen vor dem Kriege. Welchen Umfang die Wohnungsnot angenommen habe, könne man aus verschiedenen Symptomen ersehen. Als Charakteristikum könne angeführt werden, dass als vor einigen Tagen ein Inserat über den Verkauf einer Villa im 18-Bezirk in einer Wiener Zeitung erschien, ganze Kolonaisen von Käufern vor dem Hause zu sehen waren, jeder Einzelne hatte bereits das Geld mitgebracht und die erste Frage war stets, wann ist die Villa zu beziehen, erst in zweiter Linie wurde um den Kaufpreis gefragt. Gelegentlich des Referates über den Bau von schwedischen Häusern in Wien wurde in das Abkommen auch der Passus aufgenommen, dass die Gemeinde Wien die Garantie für den Ausfall der Mietzins übernimmt. Das ist die Lösung der Wohnungsnot, dass nämlich eine Stelle da ist, und ich habe hier die Staatsverwaltung im Auge, welche den Bauherren den Ausfall vergütet. Dieser Passus sollte der Regierung als Muster vorgelegt werden.

Redner spricht dann über die Elektrifizierung der Stadtbahn und wiederholt seinen seinerzeitigen Antrag auf Verführung der Baumaterialien in der Baubewegung durch die Strassenbahn und beantragt die Einsetzung eines Komites zum endlichen Studium dieser Frage. Zum Schluss bespricht Redner Approvisionierungsfragen und verlangt, dass bei den Untersuchungen weiblicher Reisender auch Lebensmittel in den Grenzstationen ausschliesslich Frauen verwendet werden dürfen.

GR. Hützel wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des GR. David über die Firma Wachalowski, Eysler & Co., die völlig unbegründet seien. Die Firma, die sich durch die Tätigkeit des Firmenchefs eines der anerkanntesten Fachmänner auf dem Gebiete des Motorenbaues aus kleinen Anfängen zu einem grossen am ganzen Kontinente bekannten Unternehmen entwickelt habe, brachte lediglich auch für die kommende Friedenszeit für ihre Angestellten und Arbeiter, deren Zahl sich derzeit auf etwa 2000 belaufe Arbeit und Verdienst zu schaffen und zwar durch Umgestaltung eines Teiles des Betriebes auf Lokomotivreparaturen, wozu eben auch einige Aenderungen in der äusseren Situation der Fabrik notwendig seien. Die Vertreter der Gemeinde haben lediglich im Interesse des Bezirkes, dem es daran gelegen sein müsse, eine so grosse und mustergültig geleitete Fabrik in seinen Grenzen zu erhalten, den angesuchten Baubewilligungen zugestimmt. Wenn GR. David irgend etwas anderes vermute, müsse er sehr falsch informiert worden sein.

GR. Dr. Hein : Ist ein normales Budget schon zum gros-
sentheile aus fiktiven Ziffern zusammengesetzt, so gilt es
in noch viel höherem Masse für ein Kriegsbudget. Der Redner
wendet sich zunächst gegen die exorbitante Erhöhung der
Fahrpreise der Strassenbahnen und bespricht dann die Erle-
digung der Geschäfte im Stadtrate, über die er im grossen
und ganzen sich anerkennend äussert. Er wünscht bloss eine
andere Verteilung der Referate, so dass auch die oppositio-
nellen Mitglieder des Stadtrates Gelegenheit haben, im Gemein-
derate an den Referententisch zu treten, ferner eine Entlar-
zung des Stadtrates von minderwesentlichen Geschäftsstücken
und ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und
Stadtrat. Er wünscht weiters auch eine Vertretung der Minder-
heit im Armen- und Ortsschulrat mindestens in jenen Bezirken
in denen sich eine Minderheit auch im Bezirksrat befindet,
ferner eine Heranziehung der Opposition im Heimats- und Bür-
gerrechts-Ausschuss sowie in allen anderen Ausschüssen.
Das gleiche und direkte Wahlrecht mit Proporz müsse auch im
Gemeinderate zur Geltung kommen, ^{auf} gewisse Sicherheiten zum
Schutze der bürgerlichen Partei könne allerdings nicht ver-
zichtet werden. Das Frauenwahlrecht werde sich auf die Dauer
nicht aufhalten lassen, allerdings stehe er nicht auf dem
Standpunkte, dass bloss erwerbende Frauen wahlberechtigt sind,
sondern dass die Frauen, welche dem Haushalte vorstehen, oder
die sich im öffentlichen verdienstvoll betätigen, das gleiche
Recht haben müssen. Redner plaidiert zum Schlusse für das
eintrüchtige Zusammenwirken aller Gemeinderäte in den wich-
tigen wirtschaftlichen Fragen, deren Lösung der Gemeinde-
verwaltung jetzt und nach dem Kriege obliegt, bei Aufrecht-
haltung der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien.

GR. Stein bespricht in schärfsten Worten die Zentralen-
Wirtschaft überhaupt und das Vorgehen der einzelnen Zentra-
len im besonderen. Alle diese Leute, die durch ihre wirtschaft-
lichen Verhältnisse den Hunger des Volkes im Hinterlande verschuldet haben,
gehören vor ein Kriegsgericht, ihnen geschieht nichts, dafür
aber sei er wegen einer solchen Rede vom Staatsanwalt wegen
Aufreizung gegen die Staatsgewalt nach § 303 St.G. in straf-
gerichtliche Untersuchung gezogen worden. Redner sei nach
wie vor gegen die unverzügliche Abschaffung der Zentralen
und Heranziehung des legitimen Handels.

Redner sagt weiter, dass die städtischen Betriebe
sich im Kriege mustergültig erwiesen haben und die gesamte
Bevölkerung der Beamtenschaft dieser Betriebe zu grösstem
Danke verpflichtet sei, dass sich Verkehr und Vertrieb trotz

des Krieges im Grossen und Ganzen klaglos abgewickelt hat.

Gegen die geplanten Tarifierhöhungen sei er gleich den
anderen oppositionellen Parteien, es müssten dafür andere
Einnahmequellen ausfindig gemacht werden.

Was die Rede des Gemeinderates Kunschak anbelange,
könne nach erhaltenen Aufklärungen, dass sich Kunschak bloss
gegen das Treiben gewisser jüdischer Flüchtlinge gewendet hab
diese Rede nicht als eine antisemitische Hetze betrachtet
werden. (Lebhaftes Hören - Rufe).

Redner erhebt eine Reihe von Anklagen gegen die Flücht-
lingszentrale und wünscht die Einsetzung einer Untersuchungs-
kommission. Er wünscht dann einer Vertretung seiner Partei
in den Ausschüssen und wendet sich gegen die Obmännerkonferenzen
die viele Geschäfte an sich reisse, die dem Gemeinderat vor-
zubehalten sind. Er spricht sich schliesslich für eine
Abänderung der Gemeindevahlordnung in demokratischem Sinne
aus, wobei die Interessen gewisse Bevölkerungsgruppen gewahrt
werden müssen. Für das Budget könne seine Partei nicht stimmen
weil sie an der Verwaltung nicht teilnehme und deshalb keine
Verantwortung übernehmen könne.

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hillerschildert seine
Tätigkeit in der Flüchtlingszentrale, welcher er seine
ganze Zeit, seine ganze Kraft, sein Vermögen und seine
bürgerliche Existenz geopfert habe, auf die er aber mit
Stolz zurückblicken könne. Mit der Einsetzung einer
Untersuchungskommission sei er vollständig einver-
standen, er fürchte sie nicht. Er könne mit Genugtuung sagen,
dass er in einer Zeit, in welche so viele Menschen verdient
haben, nicht nur nichts verdient, sondern sein Geld zuge-
setzt habe. Er könne ruhig behaupten, dass er seine Pflicht
als Mensch, als Bürger der Stadt Wien, als österreichischer
Staatsbürger und als Angehöriger des jüdischen Volkes voll
und ganz erfüllt habe. Die beiden kaiserlichen Auszeich-
nungen, die ihm verliehen wurden, habe er nicht angestrebt
er habe sie aber mit Freude angenommen, weil sie ein öffent-
liches Zeugnis dafür waren, dass seine Ehre unversehrt sei.
Diese Auszeichnung verdanke er nicht dem Bürgermeister Dr.
Weiskirchner, dem er nie eine politische Gefälligkeit er-
wiesen habe und von dem er andererseits nie für sich eine
Gefälligkeit verlangt habe.

Die Ausführungen des Redners wurden auch von
der Mehrheit mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und wieder-
holt mit Beifall aufgenommen.

Redner betont dann noch, dass er sich auch in die Obmänner-
konferenz nicht hineingedrängt habe, sondern nur durch
den Zufall, dass er bei Kriegsausbruch, in Wien anwesend
war, berufen wurde, was zwei Monate später von einer Sit-
zung seiner Partei einhellig gebilligt wurde. Der Redner
bespricht dann einige Hauptpunkte der Budgetdebatte.

Nach den Ausführungen dieses Redners wird die
Sitzung abgebrochen.

Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung. In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen heute unter Führung des Landes-Ausschusses Kunschak die Herren Abg. Anderle, Werkmann der k.k. österr. Staatsbahnen Haider, GR. Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler vor um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Frage der Brotverkürzung und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zum Ausdruck zu bringen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei der Minister des Innern Pitter von Geyer, ferner Finanzminister Freiherr von Wimmer, der Eisenbahnminister Freiherr von Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer. Landesausschuss Kunschak legte in eindringlichen Worten die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Ausdruck, durch Verabreichung anderer Lebensmittel den Entgang erträglich zu machen. Er verwies sodann darauf, dass die Regierung trotz des schon im Jänner vorgebrachten Protestes neuerdings einseitig mit den Sozialdemokraten als Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt hat. Der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Untermüller betonte, dass von Seiten der christlichen Gewerkschaften zur Erleichterung der durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse herbeigeführten Notlage entsprechende soziale Massnahmen seitens der Regierung gefordert wurden, die sich jedoch nicht nur auf die Munitions- und Staatsarbeiter, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft und Angestellten erstrecken müssen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs Haider nahm unter anderen Gelegenheit auf die ungemein schwierigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonales zu verweisen und trat für die Ehesten und weitestgehende Erfüllung der *künftig* von den Eisenbahnerorganisationen überreichten Forderungen ein. Obmann des christlichen Tabakarbeiterverbandes Oesterreichs Ullreich verwies auf die Lage der Staatsarbeiter namentlich der Tabakarbeiter, die einer besonderen Fürsorge in Bezug auf Lohn, Lebensmittel und Urlaub bedürfen. Landesausschuss Kunschak verwies auf die unzulängliche Lebensmittelversorgung der städtischen Bediensteten insbesondere jener, der drei kontinuierlichen Betriebe Gas, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen. Schliesslich brachte Landesausschuss Kunschak und GR- Ullreich die ungleichartige Behandlung des Lebensmittelvereins der christlichen Arbeiterschaft „Hilfe“ hinsichtlich der Belieferung von Lebensmittel zur Sprache. Ministerpräsident Dr. von Seidler gab der Abordnung die Zusicherung, dass die vorgebrachten Wünsche möglichste Berücksichtigung finden werden. Sämtliche Minister, die der Konferenz anwohnten besprachen dann die einzelnen Forderungen soweit sie ihre Ressorts betrafen und sicherten ebenfalls deren tunlichste Berücksichtigung zu.